

umfangreiche nationale und internationale Forschungsarbeiten. Gleichzeitig initiierten die Gutachter Forschungsprojekte und Schulversuche in allen Teilen des Landes, um ihre Reformpläne wissenschaftlich empirisch abzusichern.

Das unter dem Vorsitz von *Jonas Orring* entstandene umfassende Gutachten stellt einen detaillierten Entwurf dar für die innere Umstrukturierung der schwedischen Grundschule. Kernpunkte der inzwischen durch den Reichstagsbeschluß vom Mai 1976 abgesicherten Reformintentionen bilden Dezentralisierungsbestrebungen, eine freiere Anwendung der staatlichen Zuschüsse und eine stärkere Verknüpfung der Schule mit dem gesellschaftlichen Leben. Was darunter zu verstehen ist, soll im folgenden erläutert werden.

Die sogenannte „offene“ Schule, die von den Gutachtern proklamiert wird, soll in einem größeren Ausmaß als bisher in das kommunale Leben integriert sein und die sozialen, ökonomischen, kulturellen Gegebenheiten ihres jeweiligen regionalen Umfeldes berücksichtigen. Die Schule – in diesem Sinne verstanden – ist nicht mehr eine „geschlossene“ Institution, in der Kenntnisse und Wissen vorwiegend theoretisch und ohne Bezug zur unmittelbaren gesellschaftlichen Praxis vermittelt werden, sondern ein Ort, an dem der Schüler grundlegende Handlungsmuster für verantwortungsvolles, kritisches gesellschaftliches Handeln erwirbt, indem gesellschaftliche Fragen und Probleme einen „zunehmenden Raum in der Schularbeit“ einnehmen (vgl. Förslag till Läroplan, 1978, 19). Wie das konkret aussehen kann, führt der „Vorschlag zur Veränderung des Grundschullehrplans“, der im Frühjahr 1978 von der obersten Schulbehörde herausgegeben wurde, aus:

„Die Schule muß daher möglichst Kontakt halten zu dem sie umgebenden Gemeinwesen. Studienbesuche müssen eine reguläre Einrichtung des Schulalltags werden und Vertreter unterschiedlicher Gesellschaftsorganisationen, politischer Parteien und Vereine sowie des Arbeitslebens sollen für den Unterricht ausgenutzt werden“ (S. 20).

Ein wesentliches Ziel der engeren Verquickung des Schullebens mit dem Leben der jeweiligen Gemeinde ist die effektivere Vorbereitung der Schüler auf ihre spätere Arbeitssituation und eine selbstverantwortliche Übernahme ihrer Berufsrolle. Der Aufbau riesiger Schulkomplexe und deren zentrale organisatorische Lenkung durch die oberste Schulbehörde in Stockholm waren bisher offenbar nicht in der Lage, das passive Konsumverhalten der Schüler zu verhindern und ein stärkeres gesellschaftliches Verantwortungsgefühl zu entwickeln. Der bis ins Detail vorstrukturierte Schulalltag ließ dem Schüler keine Chance der Einflußnahme. Entscheidungsvermögen und selbständiges Handeln konnte der Schüler nur durch eine stärkere Beteiligung an der Gestaltung seiner Umwelt erwerben. Die SIA-Schule räumt den Schülern daher ein größeres Mitspracherecht bei der Organisation des Schulbetriebs und der Planung des Unterrichts ein.

Um den Kontakt zwischen Schule und Arbeitswelt zu erleichtern und zu intensivieren, wurden im Juli 1977 in jeder schwedischen Kommune lokale Planungsgremien (SSA-råd) aus Vertretern der Schulbehörde, der Schule, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegründet, zu deren Aufgabenbereich es gehört, die Schule zu beraten, Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, auf die Arbeitswelt bezogene Unterrichtsinhalte zu planen und Praktikantenstellen für Schüler zu organisieren.

Eine engere Bindung der Schule an die sozialen und ökonomischen Strukturen der Gemeinden setzt eine von der zentralen Schulverwaltung in Stockholm unabhängige lokale Entscheidungskompetenz voraus. Mit der größeren Verantwortung, die den Kommunen in